

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 9 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Gluckstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grapenstraße Str. 5, durch die Zeitungs-Vertriebsanstalt: Reichelstr. 140, sowie durch alle Versandstellen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Pf. Goldmark, monatlich 1.75 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptvertriebsstelle: **Dreslau 2**
Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 20 Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 2 Pf., auswärts 2 Pf. Anzeigen unter 20 Millimeter 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungsverträge 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das zweite Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Zerfall der französischen Linken?

Die Krise der Regierung Painlevé.

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Mit der für Dienstag erwarteten Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten nach Paris dürfte die außerordentlich gespannte innerpolitische Situation schnellen Entscheidungen entgegenstehen. Es sind vor allem zwei Probleme, in denen der Gegensatz zwischen dem Ministerium Painlevé und einem großen Teile der Mehrheit sich in den letzten Tagen besonders scharf geäußert hat: die Frage der Caillaux'schen Finanzreform und die Marokkopolitik.

Auf finanziellen Gebieten haben die zahlreichen Besprechungen, die zu Ende der vergangenen Woche zwischen Caillaux und den Vertretern der Linksparteien stattgefunden haben, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht zu überbrücken vermocht. Der auch von den Sozialisten unterstützte Vorschlag der Kartellparteien, die Diskussion der von Caillaux vorgeschlagenen fiskalischen Maßnahmen von der Beratung des Budgets zu trennen und so nicht nur dessen Verabschiedung zu beschleunigen, sondern auch Zeit für die Einigung auf eine Kompromissformel zu finden, ist bei Caillaux auf Widerstand gestoßen, und man ist schließlich dahin übereingekommen, die Entscheidung darüber bis zur Rückkehr Painlevés zu vertagen. Durch die wachsende Festigkeit, mit der die von Caillaux in Aussicht genommenen Lösungen von den sozialistischen Prinzipalverbänden bekämpft werden, sind die Aussichten für eine Verständigung in der Zwischenzeit alles andere, denn gestiegen, und es kann immerhin als sicher gelten, daß die sozialistische Fraktion ihre Opposition gegen die Beschlüsse des Finanzkomitees aufrechterhalten und an ihrem Gegenprojekt einer 10-prozentigen Vermögensabgabe festhalten wird. Die Verhandlungen sind dadurch sehr kompliziert, daß man im Lager der bürgerlichen Parteien meber die Vermögensabgabe noch die von Caillaux auf mehr oder weniger inflationäristischem Wege gesuchten Lösungen für die Finanzkrise will.

Die Marokkopolitik war von den Sozialisten von Anfang an aufs Schärfste bekämpft worden. Die Fraktion hatte sich aber durch die von Briand von der Parlamentarischen Bühne gegebene Zusicherung, daß die Regierung kein Mittel unverzucht lassen werde, um dem unnützen Widerstreben ein Ende zu machen, bestimmen lassen, ihre Bedenken gegen die Fortführung der militärischen Operationen zurückzustellen. Da die Regierung in der Zwischenzeit nicht nur nichts getan hat, um ihr Versprechen einzulösen, sondern im Gegenteil, wie aus Erklärungen Painlevés vom Sonntag zweifelsfrei hervorgeht, vor Forderungen der französischen Militärs kapituliert hat, haben auch hier die Gegenkräfte eine sehr erhebliche Verstärkung erfahren. Wie die Dinge augenblicklich liegen, hält man hier den Ausbruch einer Krise für nahezu unvermeidlich. Diese kann zwei Formen annehmen: entweder den Sturz der Regierung Painlevé oder das endgültige Auseinanderfallen des Kartells. Welchen dieser beiden Wege die Entwicklung der nächsten Tage nehmen wird, dürfte zu einem großen Teil Sache des parlamentarischen Manövers sein. Gelingt es der Regierung, die entscheidende Auseinandersetzung auf das Gebiet der Marokkopolitik zu verlegen, dann werden die Sozialisten in ihrem Widerstande gegen die Regierung voraussichtlich allein stehen, und der dann unvermeidliche Sturz der bisherigen Mehrheit würde das Ende der Politik des 11. Mai bedeuten. Kommt es dagegen über der Finanzfrage zu der entscheidenden Auseinandersetzung, dann ist damit zu rechnen, daß mit den Sozialisten der weitaus größte Teil der bürgerlichen Linken gegen das Ministerium stimmen und es damit zum Rücktritt zwingen wird.

hältnisse in den Ostmarken gilt. Auch das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs im Innenministerium Smulski ist bestätigt worden. Ministerpräsident Grabsti hat gestern telegraphisch Rakowski, den ersten Außenminister Polens im sozialistisch-demokratischen Kabinett Moraczewski, nach Warschau berufen, um ihm die Mitarbeit in den Ostmarken und Minderheitsfragen vorzuschlagen. In welcher Stellung Rakowski in der Regierung mitarbeitet, ist bisher noch nicht entschieden worden.

Einzelbeschlüsse des Reichswirtschaftsrates zur Zollvorlage.

Das Ergebnis der Zolldebatte im Reichswirtschaftsrat zeigt die „Volkswacht“, deren Chefredakteur Bernhard an den Debatten maßgebend beteiligt war, wie folgt zusammen: 1. Die deutsche Landwirtschaft hat ein Recht auf Erreichung der Weltmarktpreise; 2. die allgemeine Weltmarktpreise sind zur Zeit ungenügend, um der Landwirtschaft den inländischen Vertrieb zu ermöglichen; 3. für die Notwendigkeit eines Zollscheues über die Weltmarktpreise hinaus ist die Voraussetzung augenblicklich nicht gegeben; 4. das Prinzip der Bindung an Minimalzölle wird abgelehnt; 5. zur Erlangung geeigneter Kompensationsobjekte bei den Handelsvertragsverhandlungen ist die Einstellung autonomer Zölle für Getreide schon in der kleinen Zolltarifvorlage notwendig; 6. die Gültigkeit der Ein- und Ausfuhrzölle unter Nebenbestimmungen der Prinzipale der Zolltarifvorlage sind abgelehnt; 7. die kleinen Zolltarifvorlage ist keine genügende Grundlage für den Abschluß langfristiger Handelsverträge. Der Reichswirtschaftsrat hält es für gut, daß die Reichsregierung ihm mit möglicher Beschleunigung den neuen Zolltarif vorlegt.

Für die Beamten der Gruppen 1 bis 6.

Sozialdemokratischer Antrag auf Wirtschaftsbeihilfe. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat einen Antrag eingebracht, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Beamten der Befoldungsgruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli 1925 eine einmalige außergewöhnliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark erhalten.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags

wurde am Montag ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der mecklenburgische Kanon, eine nach dem Roggenpreis berechnete Pacht größerer Erbpächter, zum Vorteil des Staates und der Städte der individuellen Aufwertung unterliegen soll, von der Regierungspartei abgelehnt und beschlossen, die Regelung dieser Sache dem mecklenburgischen Landtag zu überlassen. Die sozialdemokratischen Vertreter brachten demütig zum Ausdruck, daß mit dem Mehrheitsbeschluss der deutschen nationalen Regierung Wertschöpfung nur die Möglichkeit geboten werden solle, durch Wahrung der Interessen der großen Erbpächter auf Kosten des Staates ihr Parteiwappen zu fädeln. Abgelehnt wurde auch ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber, ebenso der individuellen Aufwertung zu unterwerfen wie Guthaben bei Fabrik- und Werksparzellen. Der weitere Antrag der Sozialdemokraten, auch Forderungen an Betriebspensionskassen oder aus Versicherungen zum Zweck der Altersversorgung der eigenen Arbeiter oder Angestellten ohne gesetzliche Begrenzung aufzuwerten, fand nur in seinem ersten Teil Annahme.

In der Dienstagtagung soll ein sozialdemokratischer Antrag der Reichsbankpräsidenten gehört werden, wie sich die Reichsbank die Wahrung ihrer Aufwertungsrechte gegenüber ihren Kreditnehmern aus der Inflationszeit vorstellt. Es kommen dabei Wechselkredite im Werte von 245 Millionen Goldmark in Betracht, die regelmäßig nur zur Hälfte zurückgezahlt worden sind.

Ein Nachspiel zur Kronprinzenparade im Breslauer Zirkus Busch.

Die Anfrage unserer schlesischen Genossen im Landtage über die Teilnahme des ehemaligen Kronprinzen an der Landtagsversammlung in Breslau am 31. Januar, hat der Vertreter des Innenministers, Staatssekretär Dr. Weikert (Genosse Seydewitz) befriedigend beantwortet. In Urlaub, jetzt beurlaubt, ist er nach Breslau gekommen, um die Angelegenheit der Teilnahme des Kronprinzen an der Landtagsversammlung zu untersuchen. Gegen die Abordnung von Beobachtern zu der Tagung sei im Hinblick auf die Verhältnisse in Breslau kein Antrag gestellt worden, dagegen hätten die Beamten die Erlaubnis gehabt, bei den republikanischen Festführungen der Kronen der Reichsregierung zu teilnehmen, was unbedingt zu veranlassen. Der schlesischen Delegation ist das Erforderliche eröffnet worden.

Vor Deutschlands Entscheidung über den Sicherheitspakt.

Paris, 16. Juni. (Zusammenfassung.) Ein großer Teil der französischen Presse kommentiert die für heute angelegte Uebersetzung der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot als den Beginn einer neuen diplomatischen Ära, die die gesamte europäische Politik auf eine neue Grundlage zu stellen geeignet sei. Der „Matin“ gibt bei dieser Gelegenheit einen kurzen Rückblick über den Verlauf der seit Anfang Februar zwischen Berlin und den alliierten Hauptstädten geführten Verhandlungen und glaubt, den Inhalt der französischen Note wie folgt präzisieren zu können: Frankreich akzeptiert die deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtheit unter zwei Bedingungen, die die natürliche Entwicklung der von Herrriot geprägten Formel seien, daß der Garantiepakt sich im Rahmen der bestehenden Verträge halten müsse. Diese Bedingungen seien die folgenden:

1. Als ein Angriff gegen die neutrale Zone, der nach dem Vertrag die militärische Intervention Englands zur Folge haben würde, dürfen nicht angesehen werden alle Sanktionsmaßnahmen, die durch Verletzung eines von einer oder mehreren Signatarmächten gezeichneten oder garantierten Vertrages oder aber durch einen Versuch zur Veränderung des in diesem Vertrag festgelegten territorialen Standes erfolgen würden. Das bedeutet daß auch die Verletzung des Friedensvertrages gegenüber Italien oder der Tschechoslowakei oder der Versuch einer Angleichung Oesterreichs an Deutschland, soweit sie im Widerspruch mit dem Vertrag erfolgen, Frankreich das Recht zu Zwangsmassnahmen gegen Deutschland gebe.
2. Deutschland müsse in den Völkerverträgen eintreten, da nach der französischen Auffassung ein Sicherheitsvertrag nur möglich sei zwischen Völkern, die den Völkerverbindungen angehören.

Berlin, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates haben bei der letzten Tagung Gelegenheit genommen, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Sicherheitspakt zu besprechen. Es bestand Einstimmigkeit in der Auffassung, daß der letzten Ratserklärung vom März, die Deutschland zum Eintritt einladet, aber gleichzeitig auch jede Veränderung des Völkervertragsstatus ablehnt, nichts hinzuzufügen sei. Die neutralen Ratsmitglieder haben diese Auffassung ausdrücklich gebilligt. (Wir haben sie als selbstverständlich vorausgesetzt. Red.)

Paris, 16. Juni. (Zusammenfassung.) In diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß es noch bereits Dienstag nachmittags in der Kammer zu einer Aussprache über den Sicherheitspakt kommen werde. Entweder werde Painlevé spontan eine Erklärung darüber abgeben oder die Kammer die sofortige Diskussion der kommunikativen Interpellation beschließen.

Rom, 16. Juni. (Zusammenfassung.) Die offizielle italienische Agentur Stefani stellte am Montag abend in einer halbhoffiziösen langen Ausstellung fest, daß das Problem des Sicherheitspaktes für die italienische Regierung offen bleibe und daß das italienische Kabinett für den Augenblick volle Handlungsfreiheit beantragt hat. Man müsse zunächst abwarten, wie der Sicherheitspakt endgültig formuliert aussehe.

Zum Kampf um das Wiederaufnahmeverfahren gegen die bayerischen Volksgerichtsurteile.

Weiteres Material über den Abstimmungsstandal im Reichsrat.

Wir haben bereits wiederholt auf die unerhörten Vorgänge hingewiesen, die sich am 28. Mai im Reichsrat bei der Abstimmung über die Frage abgepielt haben, ob gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz Einspruch erhoben werden solle. Während einige deutsche Länder mit zusammen 17 Stimmen gegen die Einlegung des Einspruchs votierten, beteiligte sich der preussische Stimmführer, Staatssekretär Dr. Weikmann, überhaupt nicht an der Abstimmung und ermöglichte dadurch die Einlegung des Einspruchs.

Herr Dr. Weikmann hat bekanntlich nachträglich durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mitteilen lassen, einige Provinzialverträter hätten ihm vorher erklärt, sie würden für den Einspruch stimmen; zwischen den Zeilen sollte man also lesen, daß auch bei Beteiligung des preussischen Stimmführers an der Abstimmung eine Mehrheit gegen den Einspruch nicht zustande gekommen wäre.

Was aber stellt sich jetzt heraus? Vor uns liegt die soeben erschienene gedruckte Niederschrift jener ominösen Reichstagsitzung vom 28. Mai. Daraus ergibt sich einwandfrei, daß an vielen Tagen drei Propaganden, nämlich Schleswig-Holstein, Westfalen und die Rheinprovinz ihre Stimme einem Vertreter der preussischen Staatsregierung übertrugen, während zwei weitere Propaganden überhaupt nicht vertreten waren. Herr Weikmann verfügte also mit der bayerischen Stimme, die von Preußen gefolgt wird, insgesamt über 17 Stimmen, das heißt, es war damals im Reichsrat eine solche Mehrheit vorhanden, wie gegen 30 Stimmen für die Verurteilung des Einspruchs.

Was aber ist die Ursache für diese Verhältnisse? Herr Weikmann erklärte er nicht einmal die bayerische Abstimmung. Der Bayer wird immer inoffiziell von München aus auf dem Wege des Reichstags in Berlin einberufen. Wir wollen heute mit diesen Zusammenhängen über die Einlegung des Einspruchs nicht spielen, noch zurückhalten. Augenzeugen berichten, daß man bei

Jetzt rein sozialistische Regierung in Belgien?

Brüssel, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Mit dem Scheitern der Kabinettsbildung durch den christlich-demokratischen Boulet ist die Krise in Belgien wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt. In einer Bergweisung hat nun Theunis alle drei Parteiführer: Vanberghem, Vanderveelde und Kallon zu einer gemeinsamen Konferenz zusammengerufen, in deren Verlauf er diese beschwor, endlich eine Lösung zu finden. So kam es zu dem erneuten Versuch, eine Regierungsbildung aus den drei Parteien auf demokratischer Grundlage vorzunehmen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Liberalen ihre ablehnende Haltung aufgeben. Die Sozialisten haben deshalb beschlossen, nach dem Vorschlag die alleinige Ueberschneidung der Regierung zu fordern. In der Montagtagung des Generalkonvents hat einstimmige Stimmung zugunsten dieser Lösung.

Neue Umbildung der polnischen Regierung.

Die Warschauer Krise, die vor drei Wochen durch den Rücktritt Augustyn Hergorzewski wurde, kann laut BTA durch die gestern abend erfolgte Neubesetzung des Innenministeriums als beendet angesehen werden. Das Demissionsgesuch des rechtspolitischen Ministers Rakajski wurde vom Präsidenten der Republik zurückgewiesen, und der bisherige Regierungsdelegierte in Warschau, Rakajski selbst, wurde an seiner Stelle zum Minister ernannt. Bestimmend für diese Ernennung wirkte umstand, daß Rakajewicz als genauer Kenner der Ver-

der Sitzung Herrn Reichmann einstimmig mit dem beabsichtigten Gesandten Herrn von Bregger zuhören ließ. Was mögen die Augen da wohl beobachtet haben?

Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß die Vertretung Preußens im Reichsrat, insbesondere die Führung der preussischen Stimmen, uns völlig unzulänglich erscheint. Gerade weil durch die unglückliche Bestimmung des Artikels 63 der Reichsverfassung, nach der unter Umständen die Stimmen der preussischen Provinzen gegen die Stimmen der übrigen Provinzen abgeben werden können, das ganze Reich nicht schlechter gestellt ist, als jedes der anderen Länder, gerade deshalb bedarf es in Preußen, mehr noch als in den anderen Ländern, einer klaren, zielbewußten Führung der preussischen Stimmen. Daraus scheint es im vorliegenden Falle geradezu zu haben, und es ist ja leider nicht das erste Mal, daß diese Führung im Reichsrat völlig versagt hat. Die Jungen des Reiches im Reichsrat völlig versagt hat. Die Jungen des Reiches im Reichsrat völlig versagt hat. Die Jungen des Reiches im Reichsrat völlig versagt hat.

Aus dem Reich.

Spitzen über 1925... Die Besuche der Bayerischen Volkspartei, ungewisse Landtagsabgesandte durch ein Ausnahmefesthandeln zu machen, hat die Volkspartei im Reichstag zu befehligen, daß sie sich nicht einer Änderung der Reichsverfassung befleißigen dürfen. Sie wollen dem Artikel 63 neue Beschränkungen auferlegen. So soll der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Verzicht der Mitgliedschaft zum Reichstage erkennen, wenn ein Abgeordneter in gewöhnlicher Absicht keinen Einfluß in einer Weise mißbraucht, die gegen die guten Sitten verstößt und die Ehre und das Ansehen der Volkvertretung schädigt. Der Antrag auf Erhebung dieser Angelegenheit soll von mindestens 50 Reichstagsabgeordneten gestellt und durch einfache Stimmenmehrheit angenommen werden. Wenn die „Länder“ Mitglieder der Reichsregierung sind, soll neben dem Verzicht der Mitgliedschaft zum Reichstage auch auf die Entziehung vom Amte ohne Rücksicht auf den dauernden Verlust der Fähigkeit zur Beförderung eines Amtes, Staats- oder Gemeindegamtes erkannt werden.

Der Steuerentwurf des Reichstages beschloß am Freitag bei der Beratung des 10. des Abgeordnetentages, daß die Landtagsabgesandten der Volkspartei mit alle Fälle verteuert werden müssen. Bei § 15 wird auf Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei beschlossen, die Kosten der Ausgabe von Aktien und sonstigen Gesellschaftsanteilen von der Steuerung freizustellen und die den Gewerkschaften zugesprochenen abzugfähigen Sonderleistungen auch den Kirchen und öffentlichen rechtlichen Anstalten zu gewähren. Infolge des sozialdemokratischen Widerstandes wird ein deutschnationaler, von den Demokraten unterstützter Antrag abgelehnt, der einen Betrag von 5 Prozent des steuerbaren Einkommens der Gewerkschaften von der Steuerung freistellen will. Bei der dann beginnenden ersten Beratung des Entwurfes zur Erhebung der Kapitalsteuer wünscht Abg. Fischer (Dem.), daß die Umfassenerklärung der Regierung bereit sei, an die Senkung der Umfassenerklärung der gegenwärtigen Sachlage nach nicht ganz klar seien, daß sie aber in dem Entwurf eine Ermächtigung für die Regierung vorgelesen habe, nach der die Steuerentwürfe in Berücksichtigung abgeändert werden können. — Weiterberatung Sonntag.

Die hundertfünfzig Parteien erwarfen am Sonntag den Normalfuß der Einkommensteuer von 7% auf 4 Prozent. Die

Steuernsteuer wurde auf 2 Prozent ermäßigt. Die Einkommensteuer bei dem Bundesgesetz wurde auf 4,5 und 5 und 6 Prozent ermäßigt. Die Einkommensteuer bei dem Bundesgesetz wurde auf 4,5 und 5 und 6 Prozent ermäßigt.

Kreisoberberg, Graf Selbisch Sandrecht-Obersdorf, Spengler-Würchen, v. Jäger-Wittow als Stellvertreter der Abgeordneten.

Zur Haushaltsausführung des Reichstages brachte Genosse v. Titzig wegen unerschütterter Benutzung der Reichsgelände persönliche Zwecke zur Sprache, und ersuchte die Regierung, die Reichsgelände dem Reichsjustizministerium zur Verfügung zu übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem nicht angeschlossen. Die Reichsregierung hat sich dem nicht angeschlossen.

Schieles Reichstagsmehrheit.

Abg. Hans-München (B. Sp.) erhebt den Vorwurf über den Entwurf des Depot- und Depositionsgesetzes. Er bittet um Annahme des Entwurfes, an dem der Ausschuss einige Änderungen vorgenommen hat. Nach dem Ausschussbericht soll das Gesetz am 1. Juli 1925 in Kraft treten. Der Entwurf bestimmt, daß neben jenen Unternehmungen, die bisher zu Depot- und Depositionsgeschäften zugelassen worden waren, auch solche Einzelpersonen, Handelsgesellschaften oder Einzelpersonen diese Geschäfte ausüben, die gewisse Voraussetzungen erfüllen, die auch von ausländischen Banken erfüllt sind, oder deren Inhaber oder Geschäftsführer seit dem Inland fünf Jahre in Depot- und Depositionsbanken tätig waren.

Verhältnis nicht viel besser geworden. Die Deutschnationalen haben zu Agitationszwecken eine Reihe von Anträgen gestellt, die sie später zurückgezogen haben, nachdem sie für die Agitation ihre Pflicht getan hatten. Sie opfern fruchtlos 700 Millionen für die Schwerkriegswaffen des Reiches, aber sie können, wenn sie 300 000 Mark als Erziehungsbetrag für den Auftrieb der Kinder der Arbeiterklasse geben wollen. Sie opfern die Millionen für Kreuzer und Abmätre und werden angestrichelt, wenn Sie zur Förderung auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens auch nur eine halbe Million bewilligen wollen.

Abg. Frau Scader (Soz.) unterstützt den demokratischen Antrag auf Rücknahme. Die Abstimmung steht zweifelhaft. — In der Ausschussberatung stimmten 123 Abgeordnete für, 87 gegen die Zurückverweisung. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Präsident Ebe schließt die Sitzung kurz nach 2 Uhr und beruft zu 2 1/2 Uhr eine neue Sitzung ein, auf deren Tagesordnung der Entwurf über die Depot- und Depositionsgeschäfte nicht mehr enthalten ist.

Frau Abg. Scader (Soz.): weiß auf die Hände in der Prüfung hin. Die Prüfung werde nicht mit der erforderlichen Objektivität vorgenommen. Von dem kommenden Gesetz über die Schul- und Schulliteratur erwartet die Redaktion nicht viel Positives. Positives für die Jugend könne dadurch erreicht werden, daß man Verantwortung in die Jugend lege. Die Kräfte in der Jugend selbst müßten lebendig gemacht werden zu dem Ziele, die Jugend in würdiger Weise heranzubilden. (Sehr richtig!) Man dürfe Schule und Erziehung nicht nur als Sache der Schulmeister betrachten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Eberstein (Soz.): für die Wissenschaft waren nach dem Vortrag der Regierung vorgelesen 56 Millionen, für die Kunst nur 300 000, für Volkshochschule, Volksbildung und höhere Schule 100 000 Mark. Auch nach den Arbeiten des Ausschusses ist das

Regierungsrat in Danzig. Die Danziger Reichsvertretungen haben die eigentlichsten Beschlüsse dieses Reichstages betreffend die Regierungsräte um offenen Ausdruck gelangen lassen. Beim Eintrag des Innern lag ein Antrag der Deutschnationalen auf Ersetzung einiger Stellen bei der in Danzig übermäßig ausgeübten Schulpolizei vor. Als dieser Antrag mit Hilfe der linken Annahme fand, lehnte die in der Regierung amtierende preussische nationalsozialistische Fraktion den gesamten Etat für innere Verwaltung ab. Nach der vom Senat-Präsidenten abgegebenen Erklärung wird die Regierung aufgrund dieser Sachlage wahrscheinlich in der nächsten Sitzung am Mittwoch ihren Rücktritt beabsichtigen.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

44) (Kontinuation)

Wir können nicht alle Schöcker werden. Vermögen nicht alle große, heldenhafte Taten zu vollbringen. Aber wir können, was immer wir wollen, das Beste aus uns machen. Wir können nicht alle Schöcker werden. Vermögen nicht alle große, heldenhafte Taten zu vollbringen. Aber wir können, was immer wir wollen, das Beste aus uns machen.

betrieben, er gibt kein Bureau an, schreibt er seine beiden Klauen einen hübschen Briefchen, besetzt ein kleines Haus in einem Gassen, dessen Name im Jahre zweitausenddreißig Hund und neunzig, heißt er die Tür eine Türe: Anthony John Strong.

ein Mensch, der ein hässliches Gesicht hat, sprach er zu ihr. Der Ton seiner Stimme, der Blick seiner Augen war ein unheimliches Fliesen, sie wachte mit ihm kommen. Aber es ist ihm nun folgen werde oder nicht, er würde keinen Entschluß treffen können. Und das verriet er. Sie war zu einigermassen darauf vorbereitet gewesen. Seit Johns Tod war sie in ihm die Veränderung. Er gab von jeder einem Anthony, dem sie nicht kannte; er verstand sich auf den Geheimnissen ihres Traumes, der sie am Sonntag gerufen und vor dem sie sich erschrecken mußte hatte. Sie hatte versucht, seine Gedanken auf soziale Reformen, auf Hygienetopie zu lenken. Deshalb sollte er sich um öffentliche Angelegenheiten kümmern. Ich fürs Parlament vorzubereiten. Dies war ihre Hoffnung gewesen, dabei hätte sie ihm zu helfen vermocht. Und es hätte auch ihren eigenen Wunsch, etwas zu leisten, befriedigt. Dann hatte sie der Krieg verhindert, Cleaver nur rein tierische Muttergefühle gelassen; das Leben ihres Sohnes. Sie konnte an nichts anderes denken; und nach Johns Tod war sie in Frankreich, in der Gefangenschaft des Bedarfs an Arbeit, Mühselig, richtete ein altes Haus auf dem Moor als Erziehungsheim ein. Die ganze Zeit lang lag auf ihrem Schulters Anthony's Pflichten saßen sie an Mühseligkeiten. Einige Jahre hindurch haben sie einander nur wenige Stunden am Tage. Es ergab sich keine Gelegenheit zu einer vertraulichen Aussprache. Als sie wieder in die Arbeit zurückkehrte, war Cleaver ein Mann, den man nicht mehr als einen Menschen, sondern als einen Tierchen betrachtete. Sie konnte keinen Grund, die Jüdische war immer das gleiche, etwas fand zwischen ihnen, warnte, daß seine Zeit kommen würde. Sie hatte einen Wunsch im Gatten unterwanderte, sah sie Anthony an, ließen ihr Leben und alle ins Haus zurück; sie hätte, er würde es nicht, daß dem Tod, seihen. So lange sie nicht dort mit ihm zusammenlag, konnte sie die Augenblicke hinüberlassen, nicht mit ihm zusammenlag. Und dieses Hinüberlassen schien ihm ein wenig zu sein. Er war nicht glücklich, er war nicht glücklich, er war nicht glücklich.

Der bulgarische Terror.

Aus Belgrad wird uns geschrieben:
Die bulgarische Regierung will die Welt noch immer glauben machen, daß Bulgarien von einem kommunistischen Umsturz bedroht sei, dessen Sieg sich nach dem Willen hin auswirken würde. Unter dem Eindruck des entsetzlichen Attentats auf den Kaiser hat die bulgarische Regierung auch heute noch die Absicht, die öffentliche Meinung des zivilisierten Westens dieser Anschauung zu. Es ist zwar schon des öfteren von objektiver Seite darauf hingewiesen worden, daß die bulgarische Regierung seit dem Attentat auf König Boris immer nur von Kommunisten spricht und von den Bauernbündlern schweigt. Unzählige Berichte und Artikel melden auch heute noch ihren Blättern von den Verbrechen der Agrarpartei, aber immerhin ist die Agrarpartei in Bulgarien zwar eine radikal-demokratische, aber immerhin eine bürgerliche Partei. Das Regime Jankoff wirkt aber als Gegner der herrschenden Militärs in ganz einfach in einem Land, einerseits um das Mittelmeer Europa zu erweitern, andererseits aber auch, um die unheimlichen Führer der Agrarpartei mittels des antisozialistischen Schutzes unschädlich machen zu können. Der Rechtsweg könnte die bulgarische Regierung gegen die Bauernbündler das Schutzes gar nicht zu Anwendung bringen und was tatsächlich die Gesetzgebung denn doch etwas zu früh wäre, wird ein Gerichtsverfahren gar nicht einzuwickeln. Damit werden die Kräfte der Agrarpartei durch „unverantwortliche Elemente“ einfach ausgerottet. Einmal man sich der Krotobildstrafen, welche Europa vor dem Weltkrieg angeht, der sogenannten armenischen Gräueltaten immer wieder vergeht, obwohl die Verbrechen lange nicht an die bulgarischen Gräueltaten heranreichen, welche nun schon seit Wochen ununterbrochen anzuwandern. Die Hinrichtungen von Menschen, deren Schuld in der Wahrheit nur recht mangelhaft bewiesen erscheint, dienen der Regierung nur dazu, um dem Unwiderstand gegenüber den Schergen zu zeigen, als ob es in Bulgarien heute überhaupt noch eine Ordnung gäbe, in den Verbrechen beständiges Nachsichtsprüfung gäbe. Mit den unter theatralischen Umständen Hinrichteten sollen die Hunderte und Tausende verdächtigt werden, die seit dem Attentat in der Krotobildstrafe nicht gemacht und hingelächelt worden. Nicht alle jugoslawischen Parteien sind den bulgarischen Gräueltaten gegenüber einmütig objektiv zu nennen. Die mangelhafte politische und nationale Ansprüche und Wünsche spielen hier eine gewaltige Rolle. Wenn es aber eine Partei in Jugoslawien mit dem Gebot, auf dem Balkan nicht zu sein, wenn es eine Gruppe gibt, die in Serbien auf einen aufrichtigen Frieden mit dem Nachbarreich hinzielt, so ist dies die demokratische Partei des Herrn Damjanowitsch. Während der kurzen Regierungsperiode unter dem Ministerpräsidenten Damjanowitsch hat der damalige jugoslawische Außenminister Dr. Marinkowitsch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um mit Sofia ein freundliches Verhältnis herzustellen. Seine Bemühungen waren schon so weit gediehen, daß Minister Marinkowitsch auch nach seinem Rücktritt von dem demokratischen Feindesmenschen Nikola Pašitsch nach Sofia entsendet wurde, um die angestrengten Beziehungen weiterzuführen. Um so gewichtiger werden dabei die Worte des Exministers Marinkowitsch, die er heute in der Belgrader Kurierzeitung gesprochen hat. In Begründung einer Interpellation über die bulgarischen Gräueltaten erklärte er wörtlich: „Der Kampf in Bulgarien ist in Wahrheit ein Kampf des bulgarischen Bauern gegen die nationale Intelligenz, die ihn nacheinander und dazu gegen seinen Willen zu drei unglücklichen Kriegen verleitet hat. Der Kommunismus ist nur eine unbedeutende Nebenerscheinung. Der Kampf geht aber heute nicht mehr um die Regierungsgewalt, sondern um die Erhaltung des Lebens auf der einen und auf der anderen Seite.“
Nur so lassen sich die furchterlichen Ereignisse der letzten Wochen erklären. Dem entsetzlichen Verbrechen des Kaiserattentats können die Bauernbündler dem blutigen Militärregime eine Schreckensliste entgegenhalten, welche die unglücklichen Opfer nur zum Teile enthält, die ohne ordentliches Gerichtsverfahren dem Wege geräumt wurden. Europa überlebt dabei gerne, daß es sich nicht um Räuber und Mörder, sondern um Mitglieder und Gattner handelt, sondern um Menschen, die meist eine angenehme soziale Stellung bekleiden und politisch für ihr Vaterland bereits eine Rolle gespielt haben. Es liegt uns heute eine Bitte vor, welche die bulgarischen Emigranten in Jugoslawien zusammengefaßt haben, die an uns für sich schon Anlaß genug gibt zu einem klammernden Protest aller der Zivilisation des 20. Jahrhunderts bewußten Menschen, die aber noch lange keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Seit dem Attentat in der Krotobildstrafe sind nachstehende Führer der Bauernpartei umgebracht worden: der gewesene Finanzminister Peter Jankoff, der gewesene Eisenbahnminister Alexander Janow, der Abgeordnete Georg Katsowitsch, der Abgeordnete Nikola Petrow, die gewesenen Abgeordneten: Nedefto Georgiew, Christo Kowtsch, Kamne Petrow, Nikolas Gritschew, Jordan Walschew, Sekretär ein aktiver Ministerialrat, dann die Offiziere: Wladimir Kowtschew, Chef des bulgarischen Flugwesens, Major Georg Kowtschew, die Sozialisten Dimitri Znamenski, Raibon Korow, der Arzt Dr. Tubunskow, dazu kommen 61 bekannte Köpfe, in denen Führer

der Bauernpartei, Bürgermeister oder Gemeinderäte in der Provinz ermordet wurden, so in Bistritza, Kistenbistritza, Gostiwtscha, Burgas, Slava Zagora. Darunter befinden sich der Priester Popow aus Spichow, und der Bürgermeister Defow aus dem nämlichen Ort. Dazu kommen noch eine Reihe von Parteilosen, die auch dem herrschenden Regime unangenehm geworden waren, darunter der deutsche Redakteur Josef Herz, der Sozialer Banddirektor Kordow, der Kaufmann in Sofia Otto Nedew und der Verteidiger der gewesenen Staatsanwalter Dr. Michow.
Brag, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialistische Balkanliga in Prag hat ihre Arbeiten nach dreitägigen Verhandlungen beendet. In dem von der Kommission verfaßten Bericht, der die Zustimmung der Konferenz fand, wird zunächst erklärt: Die Kommission ist nicht in der Lage, über die Angelegenheiten der extremistischen Parteien und gegen die Regierung Jankoff vorzutragen, im einzelnen zu berichten. Es steht außer jedem Zweifel, daß Bulgarien heute die Bourgeoisie eines zweifachen Unheils ist: einem einmal die gewalttätigen Elemente unter den Kommunisten und Agrariern, andererseits die Militärs und Bauernelemente hervorzuheben und andererseits das Regime Jankoff die Herrschaft des weißen Schreckens etabliert. Im gegenwärtigen Zustand, wo die Zeugnisaussagen sich miteinander so auffällig im Widerspruch befinden, scheint es nicht möglich, eine Kommission, die nicht die Möglichkeit einer unmittelbaren eingehenden Enquete besitzt, die individuelle Verantwortlichkeit mit Sicherheit feststellt. Die Kommission beschließt sich deshalb darauf, die Abrechnung des Unheils und des ernstlichen Willens der Sozialistischen Partei Bulgariens, die zwischen zwei perbrüchlichen und gewalttätigen Gruppierungen eingeklammert ist, die eine wie die andere mit großer Energie zu kämpfen fortzusetzen. Die Kommission erklärt, daß die bulgarische Sozialdemokratie im Parlament eine unabweisende Oppositionsstellung belegen hat. In dem Augenblick, wo das Attentat in der Krotobildstrafe die öffentliche Meinung in geradezu gefährlichem Maße erregt, hatte sie allein den Mut, gegen den Belagerungsstand im Parlament Stellung zu nehmen. Unter ihrer Leitung wurde dreimal eine Annahme erlassen und sie bemüht sich, diese Annahme auf immer breitere Basis zu stellen und auf immer mehr Fälle auszuweiten. Die Haltung der bulgarischen Sozialdemokratie hat deutliche Resultate gezeigt. Die Partei ist erstarkt. Bei den Gemeinderatswahlen, die gemäß ihrer Forderung stattfanden, hat sie bedeutende Erfolge errungen.
Nichtdestoweniger konstatiert die Kommission, daß noch immer viel zu tun übrig bleibt, um das Programm vom 18. März 1924 — das Ergebnis der Balkanliga in Bulgarien — vollständig zur Durchführung zu bringen. Sie erkennt an, daß die Sozialdemokratie Bulgariens bemüht ist, diese schwere Aufgabe zu erfüllen und sich entschlossen ist, auf eine möglichst rasche Behebung des Unheils durch Neuwahlen zu drängen. Die bulgarische Sozialdemokratie konzentriert ihre Anstrengungen heute in der Aktion, die Bedingungen zu schaffen, die die Freiheit der Wähler verbürgen. Sie hat in dieser Richtung ein Programm aufgestellt, in dem sie die sofortige Aufhebung der Zensur, die rasche Aufhebung des Belagerungsstandes, die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit, die Freilassung der ohne genügenden Grund Verhafteten, die Einstellung der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und die gerichtliche Untersuchung aller Fälle von Willkür fordert.
Die bulgarische Sozialdemokratie hat die Überzeugung, daß die Macht, die zur Erfüllung dieses Programms notwendig ist, nur entstehen kann aus der Gewissung aller, die den ehrlichen Willen zur Demokratie haben. Sie wird unverzüglich ihre Kräfte einbringen, um das Programm zu verwirklichen. Die Kommission kann sich jedoch nicht darauf beschränken, von den Bemühungen der bulgarischen Sozialdemokratie Kenntnis zu nehmen, sondern sie spricht sich auch die Pflicht aus, daß der bulgarischen Sozialdemokratie in dem gefährlichen und schwierigen Kampf die wirksame Unterstützung aller anderen der sozialistischen Arbeiter-Internationalen angelassen werden. Die Sozialdemokratie Bulgariens ist nicht allein die einzige Partei, die die diktatorischen und autoritären Regierungen gegenüber dem Ausdruck der öffentlichen Meinung empfindlich sind. Es ist daher nötig, daß die sozialistischen Parteien in allen Ländern bei ihren Aktionen die Zusammenkunft der Öffentlichkeit auf das bulgarische Problem lenken. Es muß Bulgarien bei der Lösung des Problems der Hilflosigkeit Hilfe geleistet werden. Die Kommission erachtet die von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen eingesetzte Kommission zur Behandlung der Minoritätenfrage, die Probleme der Minoritäten am Balkan möglichst rasch zu behandeln.

Die tschechischen Sozialisten für baldige Neuwahlen.

Aus Prag meldet W.B.: Unter Teilnahme von 108 Delegierten und 9 Gästen tagte im Abgeordnetenhaus der Kongress der tschechischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Einleitend ist eine Kundgebung angenommen worden, in der festgestellt wird, daß die Partei bei der Einführung der lang-

wirtschaftlichen Fälle überstimmt worden sei und daß sie nicht nur in dieser Angelegenheit, sondern auch wegen der geplanten zukünftigen Koalitionsprogramme an die Wahlerschaft appelliere. Die Kundgebung verlangt die baldige Ausführung von Wahlen für die Nationalversammlung und fordert die Minister auf, bis zu diesem Zeitpunkt in der Koalitionsregierung zu verharren. Gleichzeitig wird auf Grund der Erfahrungen aus allen Staaten der Möglichkeit der Einführung der zivilisierten parlamentarischen Demokratie hingewiesen, die in Russland eine wirtschaftliche und soziale Reaktion im Gefolge hat, sowie auch der Mangel der Partei der unzufriedenen Opposition gegenüber nichtsozialistischen Staaten, wie zum Beispiel in Italien, wo diese Partei zur Zerrüttung der demokratischen Einrichtungen geführt habe. Die Kundgebung verweist auf die großen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erregungszustände, die die Teilnahme der Sozialisten an der Leitung des Staates dem arbeitenden Volk in der Tschechoslowakei gebracht habe, weshalb im gegenwärtigen Augenblick der Austritt aus der Koalition großen Schaden bringen könnte.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Litauens

hat vom 17. bis 18. April in Romno ihren Parteitag abgehalten. Der 87 Delegierte von 77 Organisationen vereinigte und einen erfreulichen Beweis der Fortschritte bot, die die Partei in diesem wirtschaftlich unentwickelten und kulturell zurückgebliebenen Lande trotz der Ungunst der Verhältnisse und des Drucks einer brutalen Reaktion erzielte. Von dem Erfolg der Partei haben insbesondere die letzten Gemeinderatswahlen Zeugnis abgelegt, bei welchen 459 sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden. Im Parlament ist die Partei durch acht Abgeordnete (von 76) vertreten. Die Parteipresse ist vorläufig schwach entwickelt, sie zählt nur ein Wochenblatt, eine Monatschrift der sozialdemokratischen Jugend und eine Zeitschrift des sozialdemokratischen Studentenvereins. Der Vorsitzende der Partei ist Genosse Bie-Linis, ihr Sekretär Genosse Markustas.
Die wichtigsten Gegenstände der Beratungen des Parteitages bildeten das Parteiprogramm und die im Frühjahr 1926 bevorstehenden Parlamentswahlen. Unter welchen Umständen die Partei in diesen Wahlkampf geht, davon macht man sich einen Begriff, wenn man erfährt, daß in Litauen heute, fünf Jahre nach dem Konflikt von Wilna, noch immer der „Kriegszustand“ herrscht, dessen Auswirkungen mit aller Härte ausschließlich gegen die Arbeiterbewegung angewandt werden. Ueberdies hat die reaktionäre litauische Regierung vor kurzem ein Gesetz zum Schutze des Staates“ beschließen lassen, das dem Minister des Innern Vollmacht gibt, Hausdurchsuchungen anzuordnen, Versammlungen zu verbieten, Zeitungen einzuziehen, die Redakteure mit Haft oder Geldstrafe zu belegen, Organisationen aufzulösen und sogar gewählte Gemeindevorsteher abzuwählen, wenn sie Kandidaten einer „staatsfeindlichen“ Partei waren. Arrest oder Geldstrafe kann auch im administrativen Wege für die Verbreitung von falschen Mitteilungen über die Regierungstätigkeit in Versammlungen (!) verhängt werden. Um aber bei den Neuwahlen noch sicherer zu gehen, hat die Regierung vor kurzem dem Parlament noch einen Nachtrag zum Wahlrecht vorgelegt, wonach die Kandidaten „staatsfeindlicher“ Parteien einfach annulliert werden sollen. Auf diese Weise macht sich die Reaktion das Regieren in Litauen wahrlich leicht.
Hortjeps Mordaffäre ist nicht tot zu schweigen!
Babarek, 12. Juni. (Eig. Draht.) Als am Donnerstag sozialdemokratische Abgeordnete auf das Grab des ermordeten Redakteurs der „Koprasa“ einen Kranz niederlegen wollten, wurden sie von der Polizei daran unter Mißhandlungen gehindert. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wollten diese Vorgänge in der Sitzung der Nationalversammlung am Freitag vor der Tagesordnung zur Sprache bringen. Der Präsident lehnte dieses Ansuchen ab, er wurde von der Mehrheit unterstützt. Daraufhin sprach auf den Bünen der Sozialdemokratie ein ohrschmerzhaftes Wort aus. Die Abgeordneten klopften mit den Fäusteln und riefen dem Minister des Innern zu: „Schäme dich über die Mordaffäre!“ „Kranzplatz!“ „Mit Polizeikräften haben Sie die Märtyrergräber zerstört lassen!“ Man sah, wie der Minister des Innern heftig gestikuliert, aber in dem Saal blieb keine Antwort unverständlich. Der Präsident schwang unangenehm die Glocke und beantragte, den sozialdemokratischen Abgeordneten Tropper wegen schwerer Beleidigung des Ministers des Innern vor den Immunitätsausschuß zu stellen. Die Mehrheit stimmte vor dem Antrag des Präsidenten zu. Da der Saal immer größer wurde, mußte der Präsident unter härmlichen Zurufen der Sozialdemokraten schließlich die Sitzung unterbrechen. Auch während der Pause stritten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Saal und setzten ihren Protest fort.

Aus aller Welt.

Schweres Straßenbahnunglück in Berlin.
Gestern um 11 Uhr erfolgte in der Potsdamer Straße in Berlin ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen. Der größte Teil der Fahrgäste erlitt durch Querschnitte und Glassplitter erhebliche Verletzungen. Ein Fahrgast wurde sehr schwer verletzt. Ingeborg Frau Unachtsamkeit des Fahrers vor.
Wieder ein Sportflugzeug abgestürzt.
Samstagsabend gegen 7 1/2 Uhr stürzte auf dem Frankfurter Flughafen beim Adelsheimer Walden Sportflugzeug aus großer Höhe ab. Pilot Rille war sofort tot. Ein Infolge Brand beim Sturz heraus und wurde schwer verletzt. — Es scheint, als ob die Sportflugzeugunfälle bei Probeflügen usw. unvermeidlich sind, wenn dafür die normalen Reifebedingungen nicht erfüllt sind, die Sicherheit erreichen sollen, die heute bereits die der Eisenbahnen übertrifft.
Die Folgen eines Hundebisses — nach zwei Jahren.
Ein zwölfjähriger Volksschüler in Königsberg verlor ganz plötzlich seine rechte Hand. Da die Krankheit sich nicht heilen ließ, wurde die Hand schließlich amputiert. Die Ursache war ein Hundebiss, der im Sommer 1918 in der Gegend von Königsberg stattfand. Der Schüler an Leib und Gliedern ist, den wahrscheinlich Folgen eines vor zwei Jahren erfolgten geringfügigen Hundebisses.
Die gepländerte Lokomotive.
Ein ungewöhnliches Verfall spielte sich, laut „Frankfurter Zeitung“, auf dem Bahnhof von Emmerich (Rheinl.) ab. Die holländische Eisenbahnverwaltung hat beschlossen, einen Teil der Lokomotiven zu verkaufen, die in den letzten Jahren in den Niederlanden in großer Zahl beschaffen wurden. Die Lokomotiven sind in den Niederlanden in großer Zahl beschaffen worden, die in den letzten Jahren in den Niederlanden in großer Zahl beschaffen wurden.

obstehendes Urteil. Da die holländische Bahnverwaltung trotz wiederholter Mahnens die Differenzfrage nicht nachgegeben hat, erwirkten die Geschädigten einen Arrestbefehl, worauf das Gericht nunmehr zwei auf dem Bahnhof Emmerich stehende holländische Lokomotiven pfändet ließ.
Die Zielländer der deutschen Auswanderung
Im Jahre 1924 wendeten sich auf die gesamte Auswanderung zu vertrieben als in 1923. Während im vorletzten Jahre mehr als vier Fünftel von den Vereinigten Staaten aufgenommen wurden, sind es im letzten nur noch 28,6 Prozent gewesen. Dagegen haben sich 1924 fast 86 Prozent unserer auswandernden Landsleute nach Brasilien gewandt, 1923 nur 7,7 Prozent. In dritter Stelle steht Argentinien, in dem sich 14 Prozent der 1924 Ausgereisten eine neue Heimat erhoffen. Die übrigen amerikanischen Staaten, ebenso Afrika und Asien haben nur einen geringen Bruchteil unserer Auswanderung aufgenommen, doch sind neuerlich die Zahlen für Südamerika in Zunahme begriffen.
Das Einlaufen des Schiffes der Zukunft.
Die Maschinenentwickler auf den transatlantischen Dampfern weichen mit überstürzender Geschwindigkeit der neuen Dampfkraft zur See. Die heutigen Dreifach-Dampfer werden mit der Zeit durch die Vierfach-Schiffe oder die Hochgeschwindigkeitsschiffe ersetzt werden, auf denen jeder Reisende seinen Dampfer entsprechend untergebracht ist, aber jedem die Benutzung sämtlicher Räume freisteht. Ueber die Möglichkeiten dieser Entwicklung äußerte sich neuerdings Edward C. Gilene, der bekannte Bostoner Bauingenieur, der sich seit Jahren mit der Entwicklung engster Beziehungen zwischen Europa und Amerika beschäftigt, folgendermaßen:
Die neue Entwicklung der Ozeandampfschiffe ist zum großen Teil durch die amerikanische Flotte zur Einführung der Schnellveränderung bedingt, in deren Folge die beschriebene dritte Klasse verdrängt, zum Teil aber durch die Forderung der Publikum nach neuen Bequemlichkeiten. Es ist an der Zeit, die Maschinenentwickler zur See anzukommen, so wie sie in der Weltbahn und in den Hotels bereits abgefaßt sind.
Die Entwicklung zu den vierfachen Dampfern wird durch den Wunsch der Passagiere und durch den Wunsch der

Dampfer erfolgen müssen. Das wird nach Gilenes Ansicht zu einer starken Steigerung des Touristenverkehrs führen, hauptsächlich von Seiten der Amerikaner mit beträchtlichen Mitteln, welche die heutigen Preise der ersten Klasse nicht erschwingen können, aber in der dritten Klasse nicht fahren möchten. Es wird dann die verschiedensten Arten von Schiffen für die verschiedensten Anfordrungen geben, darunter bequeme Dampfer, auf denen die Fahrt nach Europa mit Rückfahrt nur 125 Dollar kostet. Voraussichtlich wird es nach Gilene schon im kommenden Jahre möglich sein, einen fünfundsiebzigstündigen Ausflug nach Europa, einschließlich einer Woche an Land, für 175 Dollar zu machen. Eine solche Anstellung wäre wohl geeignet, den Schiffahrtslinien über die durch die Einwanderungsbehörde entstandene Krise hinwegzuhelfen.
Schiffahrt für Niederlande.
Im Jahre 1911 kam der englische Arzt Charles Campbell auf den Gedanken, in einer malakischen Inselgruppe ein Gesundheits-Logenhaus für Niederlande zu bauen. Der Gedanke entsprang der Erfahrung, daß die Niederlande ein einziger Malaria-Bezirk ist und das es daher angebracht erachtet, sie auch bei Tag an den Ort ihrer nächsten Landung zu führen. Die Idee der Niederlande ist, erlitt sich aus der Tatsache, daß eine Niederlande in einer einzigen Nacht bis zu 200 Malariafällen ausbricht. Die guten Erfolge, die Dr. Campbell mit seinen Schiffsärzten erzielt, die den Niederländern einen höheren und ruhigeren Lebensstandard bieten, haben dazu geführt, daß sein Projekt nachgehakt wurde. Dabei hat Dr. Campbell sich an die Niederlande gewandt, um die Idee von der Niederlande zu unterstützen. Der Gedanke, der die Niederlande abgeben, ist ein sehr interessantes und wertvolles Unternehmen.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

GD-Funktionäre der Gemeindebetriebe. Vergesse niemand die nächste wichtige Zusammenkunft im Zimmer 9 des Gemeindefunktionärs wahrzunehmen.

Engerer Parteivorstand. Heute abend 7 Uhr: Wichtige Sitzung im Parteisekretariat.

Stiftung 17. Alle Kassierer müssen bestimmt bis Sonntag Marken beim Genossen Decker abrechnen.

Arbeiter-Bildungsausschuss. Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Einladungen für die Stadtordnungs-Verammlung sind im Parteisekretariat zu haben.

Jugendstille. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Arbeitsgemeinschaft. Gäste willkommen.

Breslauer Nachrichten.

Angriffe auf das Gemeinbewahlrecht.

Die Feindseligkeiten gegen die Gemeinden, vor allen Dingen gegen die Entwicklung der Gemeinbewahlrechtsfrage, ist einer der hervorstechendsten Züge der Politik der sogenannten "Wirtschaftspartei".

In einem Artikel dieser Korrespondenz, die sich "Das kommunale Leben" nennt wird unter dem Titel "Unmoralische Kommunalpolitik" gleichzeitig ein Beitrag zur Reform des Gemeinbewahlrechts mit dem stärksten Gehalt gegeben.

Die kommunale Finanzpolitik ist unmoralisch weil die Rechte der Befreiten seit Einführung des gleichen Wahlrechts in den Gemeinden zu ihrer steuerlichen Belastung in unannehmbarem Verhältnis stehen.

Die Gleichgültigkeit ist das gefährlichste Mittel sozialistischer Kommunalpolitik. Da sie es besonders leicht ermöglicht, bestimmte politische Ideen durch die bequeme Erörterung der Grund- und Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer zu verheimlichen.

Die Besetzung eines Hilfslochs durch die Reichseisenbahn. Am 8. Juni gegen 6 Uhr nachmittags ereignete sich am Freiburger Bahnhof folgender Vorfall: Im Laufe des Nachmittags traf aus Bolkens ein 30jähriger Arbeiter Ludwig B. am Bahn hier ein.

Führung durch die Kuntausstellung des Künstlerbundes Silesien.

Der Arbeiter-Bildungsausschuss veranstaltet am Mittwoch, den 17. Juni, eine einmalige Führung durch die Ausstellung des Künstlerbundes Silesien im der Gewerkschaftshaus am Christophorusplatz.

Öffentliche Jugendversammlung gegen Beherrschungsmisshandlung und -ausbeutung.

Das Breslauer freigewerkschaftliche Jugendkartell hatte am Sonntagabend die arbeitende Jugend ins Gewerkschaftshaus gerufen, wo der Jugendsekretär Max H. Berlin des ADGB über obiges Thema sprechen sollte.

Der Referent verstand unter "Misshandlung" nicht allein die rein körperliche Züchtigung, sondern auch alle jene Einrichtungen, die das Leben des jungen Menschen verblümmern.

In der Diskussion sprach in bei einem Kommunisten ungenau sachlicher Weise H. Mehe von der A. J. Seine positive Forderung war die des Referenten: Sinein in die Gewerkschaften!

Zu einem kleinen Sturm kam es, als nach einigen weiteren Diskussionen der Schluss der Debatte beschlossen wurde. Die Aufregung der anwesenden Kommunisten über die Abwägung der Aussprache war wirklich unverständlich und unverkennbar.

Der Referent konnte auf Mehes Ausführungen mit Recht antworten, daß wir in Deutschland und nicht in Rußland leben und unsere Kampfpolitik den andersartigen deutschen Verhältnissen anpassen müssen.

Reichsbannertag 19. bis 21. Juni 1925.

schmückt die Straßen und Häuser. In den Geschäften ist zurzeit lebhaftes Hasten nach Fahnen, einzelne Geschäfte haben bereits zuverfügung. Reichzeitliche Eindeutschung ist dringend angezogen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".

Der Fackelzug am Freitag, den 19. d. Mts. abends 8 Uhr geht durch folgende Straßen: Reichspräsidentenplatz, Kaiser-Wilhelmstraße, Schmeidinger Straße, Lauenburgerstraße, Tschingelstraße, Poststraße, Wobeserstraße, Schützenstraße, Kofenplatz, Kofenplatz, Kofenplatz, Kofenplatz.

Streifen für den Festzug am 21. Juni: Scheitweg, Meißelhof, Tiergartenstraße, Kaiserstraße, Freiheitsbrücke, Ohlau-Ufer, Dominikanerplatz, Poststraße, Lauenburgerstraße, Wobeserstraße, Wobeserstraße, Wobeserstraße, Wobeserstraße.

Öffentlicher Lichtbildervortrag über Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, veranstalten die Arbeiter-Samariter im Rahmen der "Kraft" im Gewerkschaftshaus einen Lichtbildervortrag. Genosse Dr. Schröder behandelt das Thema: "Kampf den Volkskrankheiten".

Arbeiter-Jugend!

Heim 9. Morgen, Mittwoch, pünktlich 10 Uhr, treffen sich alle Funktionäre im Jugendheim. In der Matthiaskirche zu einer wichtigen Besprechung.

3. d. H. Jugend.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, Mandolinprobe im Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, nur Zusammenkunft der Mitglieder.

Der Oesterreichische Deutsche Volksbund

der ein mitbestimmender Faktor in der jetzt so heftigsten Aufschwung-Oesterreichs an Deutschland ist, und dessen Ziele und Bestrebungen auf rein ökonomischer und ideeller Basis gerichtet werden.

Von den Arbeiterklubfreunden.

Dienstag treffen sich alle über 10 Jahre alten Freunde zur Feier der Ohlauer Straße, 10a, im Ohlauer Klub.

Gedorgene Belege eines Ertrunkenen.

Die Sonntagswache des Schwimmvereins Poseidon, die oberhalb des Oberflößchens stationiert ist, erfuhr gestern zwischen 11 und 11 Uhr zufällig, daß unweit ihres Aufenthaltsortes ein Mann kurz nach Betreten des Wassers ertrunken sei.

Öffentliche Blindenführerhund-Prüfung.

Die seit dem 1. April 1925 in Breslau bestehende Blindenführerhundschule des Reichsdeutschen Blindenverbandes e. V. veranstaltete am 12. Juni eine öffentliche Prüfung der Hunde des ersten Kurses.

Berlin als Vorbild.

In Berlin traten am 15. Juni strenge polizeiliche Verkehrsbestimmungen in Kraft, die sich diesmal nicht auf die Fußwerkzeuge beziehen, sondern nur die Fußgänger angehen.

Schließliches Bundesorchester.

Im Sildpart findet heute, nachmittags 5 Uhr bis abends 10 Uhr, ein volkstümliches Symphoniekonzert unter Leitung von Herrn W. Mundry statt.

Siehe Wetterausgaben.

Table with columns: Datum, Temperatur (hoch, niedrig, mittl.), Wind, Regen, Schnee, Wetter. Rows for Aachen, Aken, Schneepötte, Reichsbannertag, Schneebühl, Reichsbannertag, Schnee, Schnee, Schnee.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

Wichtige Wetternachrichten.

Die Hitze der Innerrubland abgegebene Sturmfronten bei uns eingetragenen Luftmassen heizten auf und gaben an und haben damit zu einer sehr heißen Nacht geführt.

